

Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2004/2005

Überblick

Konjunktureller Durchbruch lässt auf sich warten

Seit dem Sommer letzten Jahres tritt die deutsche Wirtschaft auf der Stelle. Nachdem das bis dahin kräftige weltwirtschaftliche Wachstum und die daraus resultierende lebhaftere Auslandsnachfrage als Hauptantriebskraft etwas von ihrem anfänglichen Schwung verloren haben, wird das Bild wieder von der weiterhin schwachen Inlandsnachfrage bestimmt. Hinzu kamen die Belastungen durch die starke Ölverteuerung und die Aufwertung des Euro. Nach den noch vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahm das reale Bruttoinlandsprodukt im letzten Quartal des vorigen Jahres gegenüber dem Vorquartal sogar um 0,2 % ab, wenn man die üblichen Saisoneffekte ausschaltet und das Ergebnis um die zusätzlichen Arbeitstage korrigiert. Die jetzt vorgelegten Zahlen sind damit ungünstiger, als nach der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vor einigen Wochen zu erwarten war.

*BIP im vierten
Quartal 2004*

Allerdings ist bei der Interpretation der ersten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das vierte Quartal 2004 zu beachten, dass die Kalenderbereinigung für diesen Zeitraum die Veränderungsrate stark nach unten gedrückt hat. Ohne Berücksichtigung der Besonderheit, dass auf Grund der Kalenderkonstellation im letzten Vierteljahr mehr Arbeitstage als im Durchschnitt der Vorjahre zur Verfügung standen, ergibt sich statt des Rückgangs um 0,2 % eine Zuwachsrate von 0,4 %. Soweit die zusätzliche Arbeitszeit nicht in dem sonst üblichen Umfang zur Produktion genutzt wurde, wäre damit das Er-

*Ausgeprägter
Arbeitstage-
effekt*

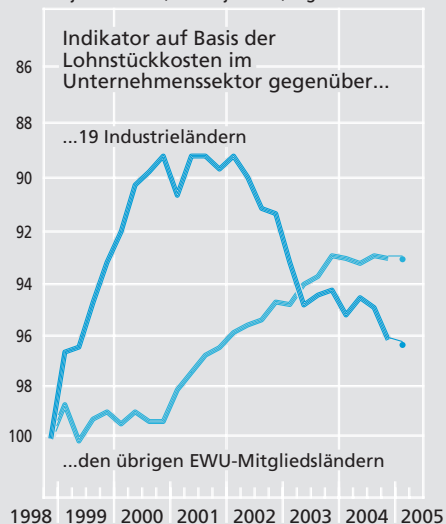
gebnis zwar in arbeitstäglicher Betrachtung völlig richtig, aber in konjunktureller Hinsicht tendenziell zu niedrig ausgewiesen. Die Tatsache, dass sich die zusätzlichen Arbeitstage auf die letzten beiden Wochen des Jahres konzentrierten und damit auf die traditionelle Urlaubszeit um Weihnachten, stützt diese Vermutung. Von den damit verbundenen Unsicherheiten einmal abgesehen, steht aber außer Frage, dass die konjunkturelle Erholung im letzten Quartal von 2004 nach der Stagnation im Sommer erneut nicht weiter vorangekommen ist. Die Investitionsnachfrage der Unternehmen scheint sich nach dem kräftigen Anstieg im dritten Quartal wieder abgeschwächt zu haben. Beim privaten Verbrauch kam es zwar zu einem leichten Anstieg, eine nachhaltige Zunahme der Konsumneigung kann daraus aber noch nicht abgeleitet werden.

Verbesserte Stimmungslage und Erwartungen nach dem Jahreswechsel

Gleichwohl besteht für das laufende Jahr kein Anlass zu Pessimismus. Offensichtlich teilen viele Verbraucher und Investoren die Einschätzung, dass die gegenwärtige Seitwärtsbewegung wieder in einen Wachstumsprozess einmünden wird. Die Unternehmen jedenfalls sind mit günstigeren Geschäftserwartungen in das neue Jahr gegangen. Das gilt insbesondere für den Handel. Dabei könnte auch eine Rolle gespielt haben, dass sich die Stimmung in den privaten Haushalten im Januar nach den Umfragen spürbar verbessert hat. Die Einkommens- und Konjunkturerwartungen der Privaten haben sich ins Positive gewendet, und die Anschaffungsneigung ist deutlich gestiegen. Die Industrie stufte ihre Exportaussichten zuletzt zwar etwas vorsichti-

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

4. Vj. 1998 = 100, vierteljährlich, log. Maßstab¹⁾



1 Skala invertiert: Anstieg der Kurve (Rückgang der Werte) kennzeichnet Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — ● = Letzter Stand: 17.2.2005 geschätzt.

Deutsche Bundesbank

ger ein als vorher; die Geschäftserwartungen sind aber weiter günstig.

Trotz der Belastungen aus der Aufwertung des Euro wird offensichtlich auch von dieser Seite mit dem Fortgang der Aufwärtsentwicklung gerechnet. Dabei profitiert die deutsche Wirtschaft von ihrer Präsenz in den wichtigen Wachstumsregionen der Welt und der Restrukturierung und Diversifizierung ihrer Produktionsstandorte. Die intensivere Nutzung der internationalen Arbeitsteilung durch die Verlagerung bestimmter Produktionsprozesse ins Ausland kommt auf diese Weise dem Standort Deutschland zugute und macht ihn unabhängiger von vorübergehenden Wechselkursschwankungen. Im Vergleich zu den anderen Ländern des Euro-Gebiets hat die deutsche Wirtschaft ihre Wettbewerbsposi-

Wettbewerbsfähigkeit im Auslandsgeschäft

tion darüber hinaus auch durch die Kosten-
disziplin auf der Lohnseite verbessert. Aber
auch die Maßnahmen zur Flexibilisierung des
Arbeitseinsatzes und zur effizienteren Gestal-
tung der Produktionsabläufe haben maßgeb-
lich dazu beigetragen. Gemessen an der Ent-
wicklung der relativen Lohnstückkosten im
Unternehmenssektor haben deutsche Anbie-
ter auf diese Weise ihre Wettbewerbsfähig-
keit seit dem Eintritt in die Währungsunion
gegenüber den anderen EWU-Ländern um
7 % verbessert.

*Entspanntes
Preisklima*

In der günstigen Preistendenz der vergange-
nen Jahre hat dies ebenfalls seinen Nieder-
schlag gefunden. Auch in den letzten Mona-
ten hat das insgesamt entspannte Preisklima
angehalten. Entlastend haben dabei vor allem
außenwirtschaftliche Einflüsse und darunter
insbesondere die Aufwertung des Euro ge-
wirkt. Auch die Stabilisierung der Ölpreisent-
wicklung und die Entspannung an einigen
Rohstoffmärkten haben maßgeblich dazu
beigetragen, dass die deutschen Einfuhr-
preise im Durchschnitt seit Oktober rückläufig
waren. Auf der Verbraucherstufe wurde dies
allerdings bis zum Jahresende durch die wei-
tere Erhöhung der Tabaksteuer im Dezember
und die schon vorher in Kraft getretenen
steuerlichen Maßnahmen sowie die Auswir-
kungen der Gesundheitsreform verdeckt. Im
Januar ist der Anstieg des Preisindex für die
Lebenshaltung mit 1,6 % gegenüber dem
Vorjahr aber deutlich zurückgegangen. Die
Preisentwicklung stützt damit die Kaufkraft
des verfügbaren Einkommens der privaten
Haushalte.

Vor dem Hintergrund der sehr verhaltenen
Entwicklung gegen Jahresende hat sich auch
die Lage am Arbeitsmarkt wenig verändert.
Der zunehmenden Arbeitslosigkeit stand wei-
terhin ein Anstieg der Beschäftigung gegen-
über, der aber überwiegend „Mini-Jobs“ und
mit Mitteln der Arbeitsverwaltung geförderte
„Ich-AGs“ oder so genannte „Ein-Euro-Jobs“
betraf. Die Zahl der voll sozialversicherungs-
pflichtigen Beschäftigungen ist dagegen bis
zuletzt rückläufig gewesen. Auf den ersten
Blick könnte dies auf eine Tendenz zum Ersatz
von „normalen“ Arbeitsverhältnissen durch
mit öffentlichen Mitteln geförderte Beschäf-
tigungen schließen lassen. Eine nähere Unter-
suchung der dahinterstehenden Veränderun-
gen zeigt jedoch, dass davon so pauschal
nicht die Rede sein kann. Typischerweise sind
es gerade nicht die gleichen Bereiche, in de-
nen sozialversicherungspflichtige Arbeitsver-
hältnisse abgebaut werden und gleichzeitig
geförderte oder geringfügige Beschäftigun-
gen entstehen. Das größere Maß an Flexibili-
tät, das mit diesen neuen Beschäftigungs-
formen am Arbeitsmarkt bereitsteht, hat zu-
sätzlich Arbeitsplätze geschaffen (vgl. dazu
S. 39 ff.).

*Neue Beschäf-
tigungsformen*

Die starke Zunahme der registrierten Arbeits-
losigkeit zu Jahresbeginn auf über 5 Millio-
nen hat auch zur Diskussion über das wahre
Ausmaß des Beschäftigungsproblems in
Deutschland Anlass gegeben. Dabei ist
sicher wichtig zu beachten, dass der Anstieg
der Zahl der Arbeitslosen von Ende letzten
Jahres bis Ende Januar 2005 um 225 000
(saisonbereinigt) im Wesentlichen auf die
Arbeitslos-Meldungen von ehemaligen So-
zialhilfeempfängern zurückgeht, die bereits

*Anstieg der
Arbeitslosigkeit
im Januar...*

... statistisch
bedingt

zuvor ohne Beschäftigung waren. Der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit ist insoweit nur statistisch bedingt. Andererseits darf auch nicht übersehen werden, dass der Mangel an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen in Deutschland größer ist, als in den amtlichen Arbeitslosenzahlen unmittelbar zum Ausdruck kommt. Die volkswirtschaftlichen Kosten, die hierdurch Jahr für Jahr entstehen, sind eine wesentliche Ursache der derzeit schwierigen Lage der öffentlichen Finanzen.

Hohes Staats-
defizit 2004

Das gesamtstaatliche Defizit hat sich im vergangenen Jahr gegenüber dem Wert von 2003 (3,8 % des Bruttoinlandsprodukts) kaum verändert. Ausschlaggebend für die ausbleibende Verbesserung waren rückläufige Einnahmen. Sowohl die umfangreiche Steuersenkung von Anfang vorigen Jahres als auch die sehr exportlastige (und deshalb weniger „steuerergiebige“) Struktur des gesamtwirtschaftlichen Wachstums waren wichtige Gründe dafür. Dagegen wurden die Ausgaben sogar dem absoluten Betrag nach verringert.

Konsolidie-
rungsbedarf

Im laufenden Jahr könnte sich das Staatsdefizit deutlich zurückbilden. Das Ziel, erstmals seit 2001 die 3 %-Grenze zu unterschreiten, erscheint aus heutiger Sicht erreichbar, doch sind die Unsicherheiten insbesondere im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den finanziellen Auswirkungen der zahlreichen finanzpolitischen Maßnahmen sehr groß, so dass hier erhebliche Risiken bestehen. Entscheidend für den Konsolidierungserfolg im laufenden Jahr wird sein, dass das Ausgabenwachstum begrenzt

bleibt. Hier sind alle staatlichen Ebenen gefordert. Mittelfristig sind weitere Konsolidierungsschritte notwendig, um die Staatsdefizite abzubauen, die nationalen Defizitobergrenzen einzuhalten und auch die Schuldenquote wieder zu senken. Dies wird dadurch erschwert, dass ein Gutteil der geplanten Defizitrückführung im laufenden Jahr durch einmalig wirkende Entlastungen erreicht werden soll. Die im aktualisierten Stabilitätsprogramm vom Dezember 2004 vorgesehene Rückführung der Defizitquote auf 1 ½ % im Jahr 2008 erscheint angesichts der dort zu Grunde gelegten relativ optimistischen Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht ehrgeizig genug.

Die Geldpolitik hat in den letzten Monaten ihre expansive Ausrichtung beibehalten. Die Geldmenge (M3) ist im vierten Quartal 2004 mit einer (saisonbereinigten) Jahresrate von knapp 7 ½ % ähnlich stark wie in den vorangegangenen drei Monaten ausgeweitet worden. Durch eine kräftige private Kreditexpansion, die allerdings weniger von der deutschen Wirtschaft als von den anderen Ländern des Euro-Gebiets ausgeht, wird die Entwicklung maßgeblich getrieben. Angesichts der reichlichen Liquiditätsbereitstellung und des daraus resultierenden Anlagedrucks hat sich auch die Auflockerungstendenz am Kapitalmarkt mit nur wenigen Unterbrechungen fortgesetzt. Die langfristigen Zinsen im Euro-Gebiet haben sich damit im letzten Quartal von 2004 deutlich vom Zinstrend im Dollar-Bereich abgekoppelt und sind auf 3 ½ % gesunken. Damit haben sie annähernd wieder den bisher tiefsten Stand vom Sommer 2003 erreicht. Von der Finanzierungsseite sind also

*Expansive
Geldpolitik*

die Voraussetzungen für private Investoren und Verbraucher noch etwas günstiger ge-

worden. Die Geldpolitik steht dem Fortgang der wirtschaftlichen Erholung nicht im Wege.